



Niederschrift öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht,Sicherheit,Ordnung,Umweltschutzes

Sitzungstermin:	Donnerstag, 19.09.2002
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:40 Uhr
Ort, Raum:	Haupthaus, Fr.-Ebert-Str. 79/81, Raum 124

Anwesend sind:

Frau Geywitz, Klara	SPD	Sitzungsleitung
Herr Prof. Dr. Mitzner, Rolf	SPD	
Frau Reiß, Brigitte	SPD	anwesend ab TOP 2 (18:05 Uhr)
Herr Jäkel, Ralf	PDS	
Herr Stephan, André	PDS	
Herr Lehmann, Peter	CDU	anwesend bis TOP 10 (20:10 Uhr)
Herr Hugler, Klaus	Grüne/B90	
Frau Fröde, Anne-Kathrin	PDS	
Herr Henning, Tino	PDS	
Frau Krämer, Sigrid	SPD	
Herr Michalske, Hans-Peter	SPD	
Herr Rietz, Klaus	CDU	
Frau Wagner, Angela	Grüne/B90	

Nicht anwesend sind:

Herr Posth, Gerhard	SPD	entschuldigt
Herr Jakobs, Jann amt. Oberbürgermeister		entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.1 Bestätigung der Tagesordnung
- 1.2 Bestätigung des Protokolls vom 22.08.2002
- 2 Mitteilungen der Verwaltung
- 3 Reinigungsgebühren Brandenburger Straße
- 4 Teilung des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes Nr. 51 Trebbiner Straße und Auslegungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 51-1 Am Silbergraben sowie Ergänzung des Flächennutzungsplans
Vorlage: 02/SVV/0650
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

- 5 Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 96 - Brandenburgisches Landeshauptarchiv auf dem Windmühlenberg
Vorlage: 02/SVV/0622
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 6 Aufhebung des Vorhaben- und Erschließungsplanes Freizeitpark Drewitz
Vorlage: 02/SVV/0669
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- einschließlich Änderungsantrag Fraktion CDU -
- 7 Ufer- und Stegekonzept der Stadt Potsdam
Vorlage: 02/SVV/0630
Oberbürgermeister, FB Umwelt und Gesundheit
- 8 Sicherungsmaßnahmen am Tiefen See
Vorlage: 02/SVV/0588
Fraktion >Die Andere<
- 9 Schülerlotsen
Vorlage: 02/SVV/0658
Fraktion CDU
- 10 Sitzungskalender 2003
Vorlage: 02/SVV/0609
- 11 Parkraum vor dem Grundstück der Kita Allee nach Sanssouci DS-Nr. 01/0510
Vorlage: 02/SVV/0648
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
- 12 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Zu Beginn der Sitzung sind 6 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

zu 1.1 Bestätigung der Tagesordnung

Frau Geywitz schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 4 und 5 auszutauschen und begründet dies kurz.

Herr Lehmann schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 6 von der Tagesordnung zu nehmen, da dieser bereits im SBW-Ausschuss zurückgezogen wurde.
Herr Lehman erklärt sich zur DS 02/SVV/0650 für befangen und wird nicht an der Diskussion und der Abstimmung teilnehmen.

Herr Stephan schlägt vor, die Tagesordnungspunkt 9 und 11 gemeinsam zu behandeln.

Frau Geywitz spricht sich dagegen aus, da beide Vorlage nicht im Zusammenhang zu sehen sind.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.

zu 1.2 Bestätigung des Protokolls vom 22.08.2002

Herr Rietz bittet um Berichtigung bei TOP 2: "... durch das Abstellen der Schöpfwerke sind keine negativen Auswirkungen für **bebaute Gebiete** entstanden".

Herr Jäkel stellt richtig, dass er zum TOP 8 vorgeschlagen hat, statt Schilder Hundetoiletten aufzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Dem Protokoll wird zugestimmt.

zu 2 Mitteilungen der Verwaltung

Aufträge an die Verwaltung aus der letzten Ausschusssitzung:

Anliegerpflichten Musikerviertel:

Kontrollen und Maßnahmen zur Erfüllung der Anliegerpflichten wurden durchgeführt. Die Nachkontrolle ergab keine Beanstandungen.

Mitschurinstraße 1:

Die Gehwegschäden wurden an den Bereich Straße gemeldet.

Straßenreinigung:

Es erfolgte eine Information zu den Anliegerpflichten gemäß Straßenreinigungssatzung an die Anlieger.

Durch den Außendienst werden Kontrollen zur Straßenreinigung durchgeführt. Hier gab es kaum Anlass zu Beanstandungen.

Parken am Nauener Tor:

Hier erfolgen täglich mehrfach Kontrollen. Der Einsatz in Zusammenarbeit mit der Polizei wird angestrebt.

Radweg Waldstadt/Höhe Friedhof:

Durch den Außendienst ist eine Nachkontrolle erfolgt. Die Fläche wurde gesäubert.

Aufträge aus der StVV vom 04.09.2002:

In der StVV am 04.09.2002 wurde festgelegt, dass sich der RSOU-Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen mit der Frage 3 der Einwohnerfragestunde befassen soll.

Frage zur Straße Alte Zauche:

Die von vielen Kraftfahrern als Schnellstraße benutzte Straße müsste dringend so hergerichtet werden, dass die vorgeschriebenen 30 km/h eingehalten werden müssten. Bis auf einige Ausnahmen werden sogar haltende Busse überholt. Als Fußgänger hat man kaum die Möglichkeit, ungehindert die gegenüberliegende Haltestelle zu erreichen.

Herr Schiemann erklärt, dass zur Verringerung der Geschwindigkeit in der Straße Alte Zauche sowie zur Reduzierung ungewollten Durchgangsverkehrs ab 2000 Umbaumaßnahmen im Bereich Magnus-Zeller-Platz/Einmündung Horstweg sowie im Abschnitt Nuthetal bis Drewitzer Straße durchgeführt wurden. Weitergehende bauliche Maßnahmen sind nicht möglich und geplant.

Geschwindigkeitsmessungen wurden und werden durchgeführt. Dabei wurden im Zeitraum vom 01.07.2002 bis 15.09.2002 bei 23 Messungen insgesamt 11.620 Fahrzeuge registriert. Von denen haben 4,8 % die zulässige Höchstgeschwindigkeit überschritten.

zu 3 Reinigungsgebühren Brandenburger Straße

Frau Geywitz bittet um Abstimmung zum Rederecht für Frau Balzer.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Dem Rederecht wird einstimmig zugestimmt.

Frau Kluge erläutert anhand einer Folie die Einteilung der Reinigungsklassen 2003 gegenüber 2002 (Anlage 1).

Frau Reiß fragt, wonach der Schmutzgrad bemessen wird und nach welchem Maßstab die Reinigungsklassen eingeteilt wurden.

Herr Hugler fragt, wer die Verschmutzung und auch die Reinigung der Straßen beobachtet. Gibt es Kontrollgänge?

Frau Kluge erklärt, dass der Bearbeiter gemeinsam mit der STEP alle Straßen besichtigt hat. Die Außendienstmitarbeiter sind angehalten, auf die Sauberkeit der Straßen zu achten und Verschmutzungen zu melden. Diese Meldungen werden erfasst. Aber auch die Hinweise der Bürger werden aufgegriffen.

Frau Balzer macht deutlich, dass es seit acht Monaten Bemühungen um die Senkung der Reinigungskosten der Brandenburger Straße gibt, die bisher fast ergebnislos waren.

Sie fragt, ob die Preiserhöhung auf Gerechtigkeit und Effektivität geprüft worden ist.

Frau Balzer weist darauf hin, dass die Brandenburger Straße vor dem ehemaligen Kaufhaus sehr stark verschmutzt ist.

Frau Kluge macht deutlich, dass eine Vielzahl der gestellten Fragen bereits durch die Verwaltung beantwortet wurden, so auch im Ausschuss für Recht, Sicherheit, Ordnung und Umweltschutz.

Sie weist darauf hin, dass die Stadt verpflichtet ist, 75 % der Reinigungskosten umzulegen.

Gemeinsam mit der STEP wird u.a. über die Technologie bei der Straßenreinigung sowie die Gewichtung der Straßen nachgedacht.

Herr Lehmann stellt folgenden **Antrag**:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob bei den Straßenreinigungsgebühren die GFZ als Maßstab angesetzt werden kann.

Frau Reiß weist darauf hin, dass nicht nach der möglichen, sondern der vorhandenen GFZ berechnet werden sollte.

Herr Jäkel spricht sich für den Antrag aus.

Frau Geywitz weist darauf hin, dass dies erst in die Gebührensatzung für 2003 einfließen kann.

Die Gebühren von anderen Städten werden den Ausschussmitgliedern zum Vergleich gestellt.

Herr Lehmann beantragt, dass das Rederecht für Gäste im Ausschuss auf 3 Minuten begrenzt werden sollte.

Herr Stephan weist darauf hin, dass laut Geschäftsordnung der StVV die Redezeit auf 5 Minuten festgelegt ist.

Beschlusstext:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob bei den Straßenreinigungsgebühren die vorhandene GFZ als Maßstab angesetzt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

**zu 4 Teilung des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes Nr. 51 Trebbiner Straße und Auslegungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 51-1 Am Silbergraben sowie Ergänzung des Flächennutzungsplans
Vorlage: 02/SVV/0650**

Herr Lehmann erklärt sich für befangen und wird nicht an der Diskussion und der Abstimmung teilnehmen.

Frau Holtkamp bringt die Vorlage ein und gibt Erläuterungen.

Herr Hugler fragt, was "behutsame" Bebauung bedeutet. Worin bestand die Kritik der Naturschutzbehörde?

Frau Holtkamp macht deutlich, dass z.B. die Bebauungsdichte und die Höhe der Geschossigkeit sowie Eingriffe, die nicht gänzlich ausgeglichen werden können, bemängelt wurden.

Frau Reiß weist darauf hin, dass ursprünglich im Teilflächennutzungsplan die Gewerbefläche abgelehnt wurde.

Frau Holtkamp erklärt, dass der Geltungsbereich geteilt wurde.

Frau Reiß sieht die Notwendigkeit der Gewerbeflächen nicht ein.

Beschlusstext:

1. Der Bebauungsplan Nr. 51 „Trebbiner Straße“ ist in seinem räumlichen Geltungsbereich in die Bebauungspläne Nr. 51-1 „Am Silbergraben“ und Nr. 51-2 „Südliche Trebbiner Straße“ zu teilen (Anlage 1a).

2. Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 51-1 „Am Silbergraben“ ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen (Anlage 2).

3. Der Flächennutzungsplan ist im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 51-1 „Am Silbergraben“ gemäß § 8 Abs. 3 BauGB zu ergänzen, die Ergänzung ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen (Anlage 3).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3

Ablehnung: 2

Stimmenthaltung: 1

Dem Antrag wird zugestimmt.

**zu 5 Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 96 - Brandenburgisches
Landeshauptarchiv auf dem Windmühlenberg
Vorlage: 02/SVV/0622**

Frau Holtkamp bringt die Vorlage ein und gibt Erläuterungen.

Herr Jäkel bittet um Erläuterung, wieviel Grundfläche bebaut werden soll.

Frau Holtkamp erklärt, dass zum jetzigen frühen Zeitpunkt dazu noch keine verbindlichen Aussagen getroffen werden können. Die Baumaßnahmen sollen überwiegend auf versiegelten Flächen erfolgen.

Herr Rietz fragt, ob die Möglichkeit besteht, die Verlängerung der Straße bis zur Mitschurinstraße in den B-Plan aufzunehmen.

Frau Holtkamp macht deutlich, dass es hierzu noch weiterer Klärung bedarf. Es müssen entsprechende Stellungnahmen eingeholt werden.

Frau Reiß fragt, ob eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfolgt ist.

Frau Holtkamp erklärt, dass dies nicht erforderlich ist.

Herr Hugler bittet darum, dass die erschließungstechnischen Fragen künftig im Vorfeld geprüft werden.

Herr Kneiding macht deutlich, dass die Vorprüfung mit dem Auslegungsverfahren erfolgt.

Herr Lehmann weist darauf hin, dass dies ein Auslegungsbeschluss ist. Dies ist der erste Schritt.

Herr Jäkel bringt seine Unzufriedenheit über die Beantwortung seiner Fragen bezüglich des Umgangs mit den Grünflächen zum Ausdruck. Er wird darauf achten, dass die Bauflächen so positioniert werden, dass sie umweltverträglich sind.

Herr Rietz fragt nach der Möglichkeit der Verlängerung des Geltungsbereiches.

Frau Holtkamp erklärt, dass dies aktuell nicht vorgesehen ist.

Frau Reiß stellt folgenden **Ergänzungsantrag**:

Das Gebiet wird erweitert um den Geltungsbereich der Straße bis zur Mitschurinstraße (siehe Anlage 3).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 1

Stimmenthaltung: 0

Dem Ergänzungsantrag wird zugestimmt.

Beschlusstext:

1. Der Bebauungsplan Nr. 96 „Brandenburgisches Landeshauptarchiv auf dem Windmühlenberg“ ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen (s. Anlage 1).
2. Das Bauleitplanverfahren ist mit der Priorität 2 entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung vom 07.03.2001 (DS 01/059/2) durchzuführen (s. Anlage 2).
3. Das Gebiet wird erweitert um den Geltungsbereich der Straße bis zur Mitschurinstraße (siehe Anlage 3).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 3

Dem geänderten Antrag wird zugestimmt

**zu 6 Aufhebung des Vorhaben- und Erschließungsplanes Freizeitpark Drewitz
Vorlage: 02/SVV/0669**

Die Vorlage wird durch den Antragsteller zurückgestellt.

**zu 7 Ufer- und Stegekonzept der Stadt Potsdam
Vorlage: 02/SVV/0630**

Herr Linke bringt die Vorlage ein und gibt Erläuterungen.

Herr Kneiding erklärt anhand einer Folie die Einordnung der Gewässerabschnitte nach Typ des umweltplanerischen Leitbildes.

Herr Jäkel weist auf die Defizite z.B. bei der Neustedter Havelbucht hin. Hier wurde durch Wohnbebauung die Fläche der Havelbucht eingeschränkt.

Die Belange der Bewohner wurden nicht eingearbeitet, obwohl diese aus seiner Sicht sehr wichtig sind. Die angedachten Veränderungen sind mit den Vertretern der anliegenden Wohnungsgenossenschaften intensiv zu führen.

Herr Lehmann fragt, wie das Konzept umgesetzt wird und welche Kosten entstehen. Dies sollte perspektivisch bedacht werden.

Herr Linke weist darauf hin, dass Gewässer der Stadt Potsdam naturschutzmäßig eingeschätzt wurden. Er betont, dass dies kein Pflegekonzept ist.

Frau Reiß fragt, ob das Konzept für die Bauplaner bindend ist.

Frau Holtkamp macht deutlich, dass, wenn das Konzept beschlossen ist, dies auch Berücksichtigung finden muss.

Herr Hugler bittet darum, die Folie dem Protokoll als Anlage beizufügen.

Herr Kneiding sagt dies zu.

Beschlusstext:

Das vorliegende Ufer- und Stegkonzept soll Grundlage des weiteren Verwaltungshandelns zur umweltverträglichen, wasserseitigen Entwicklung Potsdams sein.

Dabei ist die umweltfachliche, teilräumliche Zielkonzeption und Bewertungsmethodik auch auf andere, bisher nicht in der wasserseitigen Nutzungskonzeption für Potsdam enthaltene Standorte anzuwenden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

**zu 8 Sicherungsmaßnahmen am Tiefen See
Vorlage: 02/SVV/0588**

Herr Wendt bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Linke betont, dass das Gesundheitsamt das Badewasser im Tiefen See auf (PAK) untersuchen lassen hat.

Herr Stephan weist darauf hin, dass Herr Jakobs in der StVV versprochen hat, dass die Stelle im Gewässer dekontaminiert wird.

Herr Linke macht deutlich, dass es hier um die Erfüllung von Pflichtaufgaben nach Weisung geht. Ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung ist nicht erforderlich.

Herr Hugler stellt folgenden **Änderungsantrag:**

Im Beschlusstext ist "... Absperrung und ..." zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3
Ablehnung: 4
Stimmenthaltung: 0

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

Herr Prof. Mitzner erklärt, dass die Stoffe, die krebserregend sind, fest sind und dort verbleiben sollten, wo sie sind, da eine Bergung der Stoffe viel gefährlicher ist.

Herr Jäkel bittet um sachgerechten Umgang mit Verunreinigungen.

Herr Lehmann lehnt den Antrag ab, da laut Aussage der Verwaltung keine Gefahr besteht. Daher ist aus seiner Sicht das Aufstellen von Schildern nicht notwendig.

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Bereiche des Tiefen Sees, in denen gesundheitsgefährdende Umweltgifte abgelagert wurden, durch Absperrungen und Warnschilder angemessen zu sichern.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2
Ablehnung: 4
Stimmenthaltung: 1

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 9

Schülerlotsen

Vorlage: 02/SVV/0658

Herr Lehmann bringt die Vorlage ein und begründet diese.

Herr Ofcsarik erklärt, dass die Schülerlotsen ein Bestandteil der Schul- und Spielplatzwegsicherung sind. Die Maßnahme wurde aufgrund des Erlasses des MSWV jährlich gemeinsam mit der Polizei, dem Fachbereich Ordnung und Sicherheit und dem Fachbereich Straße und Stadtgrün umgesetzt. Er macht deutlich, dass dies bisher kein Schwerpunkt der Forderungen von Eltern oder Schule gegenüber dem Schulverwaltungsamt war.

Herr Stephan spricht sich für den Einsatz von Schülerlotsen aus, wenn dies von Eltern und Schule gefordert wird. Der Antrag ist aus seiner Sicht durch Verwaltungshandeln erledigt und muss nicht abgestimmt werden.

Herr Lehmann bittet um Protokollvermerk zur Aussage von Herrn Ofcsarik, dass, wenn Schulen den Einsatz von Schülerlotsen anfordern, diese auch unterstützt werden.

Herr Ofcsarik weist darauf hin, dass die größte Gefahr darin besteht, dass durch die Verkehrsteilnehmer die Verkehrsregeln nicht eingehalten werden, so z.B. durch Geschwindigkeitsüberschreitungen.

Herr Lehmann bittet darum, festzuhalten, dass Herr Ofcsarik ausgesagt hat, dass von den Schulen keine Signale kamen, dass zusätzliche Schülerlotsen benötigt werden.

**zu 10 Sitzungskalender 2003
Vorlage: 02/SVV/0609**

Frau Geywitz bringt die Vorlage ein.

Herr Lehmann weist darauf hin, dass die Ausschusssitzung des RSOU am 23.04.2003 in den Ferien liegt.

Er bittet, die Sitzung zu verschieben oder zu streichen

Antrag:

Die Sitzung des Ausschusses für RSOU am 23.04.2003 wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 1

Ablehnung: 2

Stimmenthaltung: 4

Der Antrag wird abgelehnt.

Beschlusstext:

Sitzungskalender 2003 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

**zu 11 Parkraum vor dem Grundstück der Kita Allee nach Sanssouci DS-Nr.
01/0510
Vorlage: 02/SVV/0648**

Frau Kluge bringt die Mitteilungsvorlage ein und gibt Erläuterungen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 12 Sonstiges

Herr Hugler weist auf einen Artikel der MAZ vom August hin, in dem auf die Experimentierfreudigkeit des Max-Planck-Institutes hin. Er bittet um Information im Ausschuss für RSOU, was dort geschieht.

Herr Prof. Mitzner empfiehlt, den Professor der UNI-Potsdam einzuladen, da das Max-Planck-Institut in Golm nicht zur Stadt Potsdam gehört.

Frau Reiß weist darauf hin, dass die Mittelstraße durch Maschinen gereinigt wird. Dadurch wurde der Sand zwischen den Steinen mit entfernt. Wie kann die Verwaltung dem entgegen wirken?

Herr Stephan fragt, ob die Lichtsignalanlage in der Heinrich-Mann-Allee so geschaltet werden kann, dass die Auto-Fahrer nicht mehr anhalten müssen, so als wäre der Betriebshof noch in Betrieb.

Herr Lohrenz erklärt, dass dies erst im nächsten Jahr erfolgen kann.

Frau Geywitz berichtet, dass die Firma Securitas den Ausschuss für RSOU zu sich eingeladen hat. Der Besuch sollte in einer Sondersitzung erfolgen.

Frau Reiß hat durch die Presse erfahren, dass in einigen Straßen die Straßenbeleuchtung abgeschaltet wurde. Der Betriebshof des ViP ist dagegen extrem hell beleuchtet.

Frau Kluge weist darauf hin, dass an anbaufreien Straßen keine öffentliche Notwendigkeit zur Beleuchtung besteht.

Herr Lohrenz erklärt, dass das Vorschlagskonzept zur Abschaltung der Straßenbeleuchtung an anbaufreien Straßen in der Beigeordnetenkonferenz vorgestellt wurde.

Bei Einhaltung des Konzeptes können jährliche Einsparungen in Höhe von 45.000 EURO erzielt werden.

Die Maßnahme führt zu erheblichen Kritiken von Seiten der Bevölkerung.

Herr Hugler äußert sein Unverständnis zur Abschaltung der Straßenbeleuchtung am Park Babelsberg. Am Rande des Babelsberger Parkes gab es im vergangenen Jahr zwei versuchte Vergewaltigungen.

Herr Lohrenz macht deutlich, dass dieser Weg der Stiftung Schlösser und Gärten gehört. Diese ist hier für die Beleuchtung zuständig. Die Stadt hat der Stiftung das Angebot gemacht, den Strom zu bezahlen, wenn die Stiftung die Anlage in stand setzt.

Nächster Ausschuss für RSOU:

17.10.2002

18:00 Uhr

Klara Geywitz
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Protokoll